



Odenwald-Tauber-Ticker

**+++ Walldürn: Ausstellung zum Thema Demenz +++ Mannheim: Zivil-F
Leserbrief:** Stellungnahme der Fraktionen der SPD, der DCB, der WBV und die Gruppierung der
WAL des Gemeinderats der Stadt Walldürn

Gesetzgeber sieht Widerruf der unechten Teilortswahl vor

*Herbert Kilian, für die SPD, Jürgen Schmeiser, für die DCB, Agnes Sans, für die
WBV und Christine Böhm, für die WAL*

Da in den letzten Wochen sehr viel von den Ortsteilen zu unserem Antrag, die
unechte Teilortswahl abzuschaffen, geschrieben wurde, finden wir es
angebracht, den Wortlaut unseres Antrags in Erinnerung zu rufen:

"Antrag: Die Fraktionen der SPD, der DCB und der WBV und die Gruppierung
der WAL des Gemeinderats beantragen nach Paragraf 27, Absatz. 5 der
Gemeindeordnung die Vereinbarung über die unechte Teilortswahl durch
Änderung der Hauptsatzung aufzuheben.

Begründung: 1. Seit über nunmehr 30 Jahren sind die Ortsteile erfolgreich mit
der Kernstadt zur Stadt Walldürn zusammengeschlossen. Dies soll auch durch
die Aufhebung dieser "Sonderregelung" zum Ausdruck gebracht werden.

2. Die Ungleichbehandlung der einzelnen Wohnbezirke bei der Gewichtung der
Mandate (Einwohner pro Mandat) wird behoben.

3. Durch die Aufhebung der unechten Teilortswahl wird durch den Wegfall der
Ausgleichsmandateregelung eine Aufblähung des Gremiums verhindert. Wir
weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Eingliederungsvereinbarung dieser
Aufhebung nicht entgegensteht und dass die Ortschaftsverfassung erhalten
bleiben soll!"

In den Eingliederungsvereinbarungen ist die unechte Teilortswahl auf
unbestimmte Zeit eingeführt worden und nicht - wie immer wieder behauptet
wird - für alle Zeiten garantiert. Im Gegenteil, die unechte Teilortswahl hätte
schon in den 80er Jahren durch Änderung der Hauptsatzung aufgehoben
werden können, wenn der Gemeinderat damals der Meinung gewesen wäre,
dass für die unechte Teilortswahl kein Bedarf mehr besteht. Denn nach
Paragraf 27 (5) der Gemeindeordnung konnte die unechte Teilortswahl
frühestens zur übernächsten Gemeinderatswahl nach der Eingliederung (bei
uns 1979) geändert werden.

Damit wird auch klar, dass selbst der Gesetzgeber den Widerruf der unechten
Teilortswahl ausdrücklich vorsieht. Die Stadt Walldürn hat sich seit der
Gemeindereform weiterentwickelt, die Bevölkerungszahlen haben sich
verändert, die Ortsteile und die Kernstadt sind immer mehr
zusammengewachsen. Deshalb sehen wir für die unechte Teilortswahl keinen
Bedarf mehr.

Ein Anliegen unseres Antrags ist, mehr Gerechtigkeit einzuführen. Denn nach Paragraph 27 (2) der Gemeindeordnung sind die örtlichen Verhältnisse und die Bevölkerungsanteile bei der Verteilung der Sitze auf die Wohnbezirke zu berücksichtigen. Wenn man dies auf alle Wohnbezirke anwendet, dann ist der Wohnbezirk Walldürn Stadt unterrepräsentiert und müsste zwei Mandate mehr haben. Dass dies zulasten der überrepräsentierten Wohnbezirke geht, liegt auf der Hand.

Ein weiterer Grund sind die vielen Fehlstimmen, die wegen des komplizierten Wahlverfahrens bei der unechten Teilortswahl zustande kommen. Bei der letzten Wahl waren es rund 29 000 ungültige Stimmen (die Fehlstimmen werden als ungültig gewertet), das sind fast ein Viertel aller Stimmen. Mit einem Wahlverfahren ohne unechte Teilortswahl würde sich der Anteil dieser ungültigen Stimmen sicher reduzieren.

Bei vielen Äußerungen aus den Ortsteilen wurde uns unterstellt, dass wir die Ortschaftsverfassungen abschaffen wollten. Dies weisen wir als bloße Stimmungsmache und Polemik auf das Schärfste zurück, weil dies ja gerade nicht unserem Antrag entspricht. Im Gegenteil, wir wollen nach Mitteln und Wegen suchen, wie wir die Arbeit der Ortschaftsräte und Ortsvorsteher stärken können.

Am Wochenende erhielten wir eine Einladung zu der Veranstaltung am 19. November in Altheim, die bereits seit Wochen angekündigt war. Allerdings wurden weder Termin noch Inhalt mit uns abgestimmt. Die Entscheidung über die Änderung der Hauptsatzung fällt jedoch im Gemeinderat, wo wir bereit sind, sachlich zu diskutieren. Deshalb werden die Mitglieder unserer Fraktionen und der Gruppierung an dieser Veranstaltung nicht teilnehmen.

Wir werden uns in der Gemeinderatssitzung am 30. November mit Argumenten dafür einsetzen, dass unsere Auffassung eine Mehrheit erhält. Als Demokraten werden wir natürlich das Abstimmungsergebnis des Gemeinderats akzeptieren, wie immer es auch ausfällt.

Fränkische Nachrichten
18. November 2009

Adresse der Seite:

http://www.fnweb.de/meinung/leserbriefe/20091118_srv0000005042923.html